

### Entwicklung - mehr als nur Wirtschaftswachstum: für Lateinamerika werden neue Entwicklungsstrategien gesucht, jenseits des "Washingtoner Konsensus"

Sangmeister, Hartmut

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sangmeister, H. (2000). *Entwicklung - mehr als nur Wirtschaftswachstum: für Lateinamerika werden neue Entwicklungsstrategien gesucht, jenseits des "Washingtoner Konsensus"*. (Brennpunkt Lateinamerika, 11). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443857>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



# BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

---

Nummer 11

16. Juni 2000

ISSN 1437-6148

---

## **Entwicklung – mehr als nur Wirtschaftswachstum** **Für Lateinamerika werden neue Entwicklungsstrategien gesucht –** **jenseits des „Washingtoner Konsensus“**

**Hartmut Sangmeister**

*„Desarrollo más allá de la economía“ – so hat die Inter-American Development Bank ihren diesjährigen Bericht über wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in Lateinamerika überschrieben. Nach mehr als einem Jahrzehnt tiefgreifender wirtschaftspolitischer Reformen leben in Lateinamerika immer noch schätzungsweise 200 Millionen Arme, und keine andere Weltregion weist eine ungleichere Einkommensverteilung auf. Zwar ist das lateinamerikanische Pro-Kopf-Einkommen während der neunziger Jahre kräftig angestiegen, aber dennoch äußert ein großer Teil der Bevölkerung in aktuellen Umfragen die Meinung, dass frühere Generationen besser gelebt hätten; nur 15 Prozent der befragten Lateinamerikanerinnen und Lateinamerikaner sind der Ansicht, dass sich ihr Lebensstandard gegenüber dem ihrer Eltern gebessert habe. Fast die Hälfte der Befragten beurteilt die eigenen wirtschaftlichen Zukunftsaussichten als ziemlich schlecht oder sehr schlecht. In der pessimistischen Beurteilung der eigenen Situation und Perspektiven kommt indirekt zum Ausdruck, dass von Entwicklung nicht nur Einkommensverbesserungen erwartet werden. Eine ausschließliche Ökonomisierung gesamtgesellschaftlicher Entwicklungsprozesse unter Effizienz- und Renditegesichtspunkten bei gleichzeitiger Vernachlässigung sozialer Wertmaßstäbe und menschlicher Dimensionen von Entwicklung droht in eine entwicklungspolitische Sackgasse zu führen.*

### **1. Lateinamerika: eine Region relativen Wohlstands**

Lateinamerika, in den achtziger Jahren eine notorische Krisenregion mit sinkenden Pro-Kopf-Einkommen und einer unbezahlbar gewordenen Auslandsverschuldung, hat es im Verlauf der neunziger Jahre im Vergleich zu anderen Entwicklungsländer-Regionen zu relativem wirtschaftlichem Wohlstand gebracht. 1998 übertraf

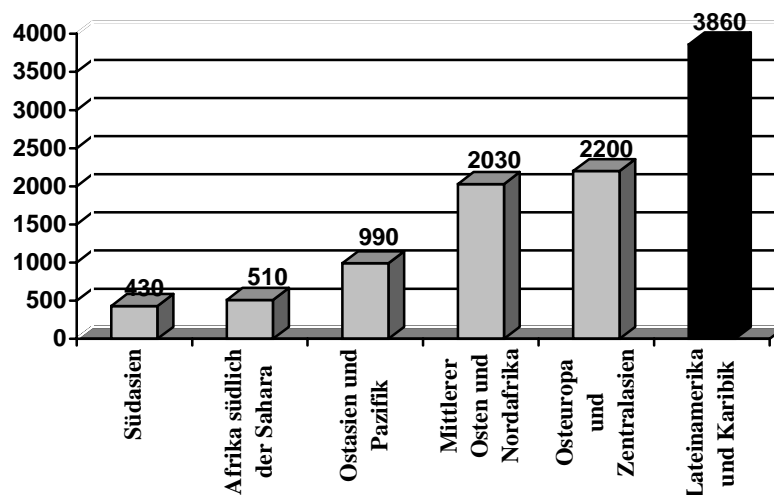
das lateinamerikanische Bruttonationaleinkommen (BSP) von knapp US\$ 2 Billionen die aggregierte Wertschöpfung aller anderen Entwicklungsländer-Regionen; die afrikanischen Länder südlich der Sahara erwirtschafteten zusammen nur ein BSP von US\$ 304 Millionen, für die südasiatischen Volkswirtschaften wurde ein aggregiertes BSP von US\$ 556 ermittelt, und auch die ostasiatische und pazifische Region mit den aufstrebenden „Tiger“-Staaten blieb mit einem BSP von

insgesamt US\$ 1,8 Billionen hinter der gesamtwirtschaftlichen Leistungskraft Lateinamerikas zurück.

Den Statistiken der Weltbank zufolge übertraf das lateinamerikanische Pro-Kopf-BSP 1998 mit US\$ 3.860 die entsprechenden Vergleichswerte aller übrigen Entwicklungsländer-Regionen. Allerdings liegt Lateinamerika noch weit unter dem Einkommensniveau der westlichen Industrieländer. Das BSP pro Kopf der Bevölkerung in den OECD-Staaten war 1998 (mit US\$ 26.060) mehr als sechsmal so hoch wie in Lateinamerika; aber der Abstand reduziert sich etwas, wenn dem Vergleich nicht offizielle

Wechselkurse zugrunde gelegt werden, sondern Kaufkraftparitäten (US\$ 6.340 im lateinamerikanischen Durchschnitt, gegenüber US\$ 23.890 im Durchschnitt der OECD-Länder). Lateinamerika ist heute im globalen Kontext eine Region mittleren Einkommens. Nach der einkommensorientierten Länderklassifikation der Weltbank werden aus Lateinamerika in der Gruppe der 63 *Low Income Countries* (LICs) mit einem Pro-Kopf-BSP im Jahre 1998 von bis zu US\$ 760 nur noch Haiti, Honduras und Nicaragua geführt; und in der offiziellen UN-Liste der 47 *Least Developed Countries* (LDCs) ist als einziges lateinamerikanisches Land lediglich Haiti vertreten.

**Lateinamerika im internationalen Vergleich: Bruttonetozialprodukt pro Kopf 1998 (in US-Dollar)**



Quelle: World Bank, *World Development Indicators 2000 on CD-ROM*, Washington, D.C.

Mit über 500 Millionen Einwohnern ist Lateinamerika eine Wirtschaftsregion mit beachtlichem Nachfragepotential. Preisbereinigt haben sich die jährlichen Konsumausgaben pro Kopf der lateinamerikanischen Bevölkerung zwischen 1990 und 1998 um rund US\$ 350 erhöht. Je 1.000 Einwohner sind in Lateinamerika mehr Personalcomputer installiert, und dort gibt es ebenfalls mehr Mobiltelefone als in jeder anderen Entwicklungsländer-Gruppe; auch bei Radios je 1.000 Einwohner nimmt Lateinamerika innerhalb der „Dritten Welt“ eine Spitzenstellung ein, und lediglich bei Fernsehgeräten je 1.000 Einwohner wird es von Osteuropa und Zentralasien übertroffen. Das lateinamerikanische Marktpotential ist im Verlaufe der neunziger Jahre von den internationalen Kapitalanlegern zunehmend positiver beurteilt worden; so flossen beispielsweise 1997

von den knapp US\$ 300 Milliarden privater (Netto-)Kapitalanlagen in Entwicklungsländern fast 40% nach Lateinamerika und damit mehr als nach Ostasien und in die Pazifikregion, sogar zehnmal mehr als nach Südasien.

Von einem lateinamerikanischen „Wirtschaftswunder“ in den neunziger Jahren zu sprechen, wäre allerdings verfehlt. Die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten von jährlich 3,7%, die in Lateinamerika im Durchschnitt der neunziger Jahre (1990-98) erzielt wurden, lagen weit unter den Zuwachsraten von 8,1% p.a., die für Ostasien und den pazifischen Raum registriert wurden und auch unter dem jährlichen Wirtschaftswachstum von 5,7% in Südasien. Der gesamtwirtschaftliche Aufschwung in Lateinamerika während der neunziger Jahre war zudem von starken Schwankungen gekennzeichnet; die

Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) fluktuieren im Durchschnitt der lateinamerikanischen Volkswirtschaften jährlich um  $\pm 4$  Prozentpunkte.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Lateinamerika war aber nicht nur äußerst unstetig, sondern die Bevölkerung hat auch extrem ungleich an den Einkommensverbesserungen partizipiert. Im Durchschnitt der lateinamerikanischen Volkswirtschaften entfallen 25% des Volkseinkommens auf die 5% der Bevölkerung an der Spitze der Einkommenspyramide, 40% des Einkommens gehen an die reichsten 10% der Bevölkerung. Besonders krass ist die Einkommenskonzentration in Brasilien, wo die ärmsten 20% der Bevölkerung im Jahre 1995 lediglich 2,5% der Einkommen erhielten, die reichsten 10% aber 48%. Wenn drei Viertel der Haushalte weniger als das rechnerische Durchschnittseinkommen verdienen, dann ist die Angabe von Pro-Kopf-Einkommen zur Charakterisierung der materiellen Lebensbedingungen in lateinamerikanischen Gesellschaften kaum geeignet.

## **2. Lateinamerika: eine Region der Armut und der Gewalt**

Schätzungen der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) zufolge leben derzeit in der Region bis zu 200 Millionen Menschen in Armut. Immerhin ist der Anteil der Armen an der lateinamerikanischen Gesamtbevölkerung im Verlaufe der neunziger Jahre von 41% (1990) auf 36% (1997) gesunken und damit wieder auf das relative Armutsniveau, das vor dem Ausbruch der Verschuldungskrise zu Beginn der achtziger Jahre bestanden hatte. In Ecuador wurde der Anteil der Einwohner, die unterhalb der Armutslinie von US\$ 2 pro Tag leben, 1994 auf 66% geschätzt, und auch in Brasilien, das 1998 mit einem Pro-Kopf-BSP von US\$ 4.630 innerhalb Lateinamerikas einen der vordersten Plätze in der Einkommenshierarchie einnahm (und in dem weltweiten *Ranking* immerhin den 68. Platz), lag 1995 der Anteil der Menschen unterhalb dieser Armutslinie bei über 43%. Im Unterschied zu den meisten Teilen der „Dritten Welt“, in denen hauptsächlich die ländliche Bevölkerung von Armut betroffen ist, sind in Lateinamerika auch die Städte „Armutszentren“; mehr als die Hälfte der Haushalte in ländlichen Regionen Lateinamerikas leben in Armut, aber auch 39 Prozent der städtischen Haushalte, ein höherer Anteil als in jeder anderen Entwicklungsländer-Region. Das Einkommen der ländli-

chen Armen in Lateinamerika liegt allerdings in der Regel noch tiefer unter der Armutslinie als das der städtischen Bevölkerung, und die negativen Auswirkungen mangelnder Infrastruktur sind für die ländlichen Armen meist noch spürbarer als für die Armen in den urbanen Zentren.

Die konventionelle ökonomische Lehre geht davon aus, dass ohne wirtschaftliches Wachstum Armut nicht reduziert werden kann. Die lateinamerikanische Erfahrung der neunziger Jahre deutet allerdings darauf hin, dass Wirtschaftswachstum nicht automatisch zu den Armen „durchsickert“: die Armutsinzidenz ist in lateinamerikanischen Volkswirtschaften mit vergleichsweise hohen gesamtwirtschaftlichen Zuwachsraten keineswegs signifikant stärker zurückgegangen als in den wachstumsschwächeren Ländern. Für den Abbau von Armut in Lateinamerika ist Wirtschaftswachstum gewiss hilfreich, sofern es mit spezifischen, armutsmindernden Politiken einhergeht. Gesamtwirtschaftliches Wachstum *per se* garantiert aber noch keinen Abbau von Armut. (Mit-)entscheidend ist u.a., wie viele neue Arbeitsplätze im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs geschaffen werden, die für das Qualifikationsniveau der armen Bevölkerung in Frage kommen, und wie anhaltend und stetig das wirtschaftliche Wachstum verläuft; denn die lateinamerikanische Erfahrung deutet auch darauf hin, dass nur ein Jahr mit einer schweren wirtschaftlichen Rezession die Erfolge beim Abbau der Armut zur Hälfte oder gar völlig wieder zunichte macht, die zuvor in vier oder fünf Jahren wirtschaftlichen Wachstums erzielt werden konnten.

Viel komplexer und (noch) weniger bekannt ist der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Kriminalität (siehe hierzu auch „Brennpunkt Lateinamerika“ Nr. 8/00). Lateinamerika und Afrika sind die beiden Weltregionen, in denen es während der zurückliegenden Jahre zu einem drastischen Anstieg der Gewaltkriminalität gekommen ist – trotz sehr unterschiedlicher sozioökonomischer und soziopolitischer Entwicklungen in den beiden Regionen. Schon während der siebziger und achtziger Jahre war in Lateinamerika mit jährlich acht Morden je 100.000 Einwohner weltweit die höchste Mordrate registriert worden; während der neunziger Jahre lag die Mordrate im lateinamerikanischen Durchschnitt mit 13 Morden je 100.000 Einwohner um fast das Vierfache über der „üblichen“ Mordhäufigkeit in anderen Kontinenten – mit Ausnahme Afrikas südlich der Sahara.

Meinungsumfragen zufolge, die 1996 und 1998 in 17 lateinamerikanischen Ländern durchgeführt wurden, war bei mindestens einer von vier befragten Personen ein Familienmitglied Kriminalitätsoffer geworden. Für Guatemala ergaben diese Umfragen, dass sich mehr als 50% der Bevölkerung als Opfer von Straftaten betroffen sahen, in El Salvador, Venezuela und Mexiko zwischen 40 und 50%; lediglich in Panama und Uruguay gaben weniger als 30% der Befragten an, unter Straftaten gelitten zu haben. Die häufigsten Straftaten in Lateinamerika sind Eigentumsdelikte, von denen vor allem Angehörige der oberen Einkommensklassen betroffen werden; Angehörige der unteren Einkommensklassen sind hingegen häufiger die Opfer von Überfällen und von Tötungsdelikten. So beträgt beispielsweise in Kolumbien die Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Diebstahls zu werden, für Angehörige der obersten 20% in der Einkommenspyramide 15%, aber weniger als 10% für die Menschen in den drei untersten Einkommensquintilen; die Wahrscheinlichkeit, ein Opfer von Körperverletzungen zu werden, ist in Peru für Mitglieder der beiden untersten Einkommensklassen ungefähr zweimal so hoch wie für die Privilegierten der obersten Einkommensklasse.

### 3. Soziale Fortschritte und Defizite

Eine eindimensionale Messung von Entwicklung mit Hilfe des Pro-Kopf Einkommens bleibt in ihrer Aussagefähigkeit notwendigerweise beschränkt; denn die Angabe des Durchschnittseinkommens in einem Lande gestattet keinerlei Verteilungsaussage und das Einkommen gibt zudem nur ein durchschnittliches monetäres Nachfragepotential an, lässt aber nicht erkennen, welche materiellen und nicht-materiellen (Grund-)Bedürfnisse die Menschen mit einem bestimmten vorgegebenen Einkommen tatsächlich befriedigen können. Angemessener sind daher komplexere Maßzahlen, die mehrere Dimensionen von Entwicklung zu erfassen suchen, wie beispielsweise der *Human Development Index* (HDI), der von UNDP, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, seit 1990 jährlich berechnet wird. Der HDI berücksichtigt – neben dem Pro-Kopf-BIP – auch soziale Indikatoren wie Lebenserwartung, Alphabetisierungsquote der Erwachsenen sowie Einschulungsquoten in den formalen Bildungssystemen. Die zu einem Mittelwert zusammengefassten Einzelwerte der Teilindikatoren werden auf eine Skala von 0 bis 1 projiziert; der HDI zeigt, wie stark dieser Durch-

schnittswert aus den verschiedenen Entwicklungsindikatoren von dem Maximalwert 1 abweicht und lässt sich insofern auch als „Deprivationsindex“ interpretieren.

Für die 33 lateinamerikanischen Länder, für die der HDI ermittelt wird, ergibt sich derzeit ein durchschnittlicher HDI von 0,76 – gegenüber einem HDI von 0,92 für die Gruppe der westlichen Industrieländer. In den sechziger Jahren hatte der HDI für Lateinamerika lediglich 0,47 betragen, während der HDI für die Industriestaaten damals 0,79 erreichte. Lateinamerika hat also bei der „menschlichen Entwicklung“ – soweit sie durch den HDI adäquat gemessen wird – aufgeholt, sogar während der „Verschuldungskrise“ der achtziger Jahre, als die Pro-Kopf-Einkommen in Lateinamerika zeitweise stark gesunken waren. Ein ähnlich hoher HDI wie in Lateinamerika wird außerhalb der Gruppe der etablierten Industrieländer nur in Ostasien und in Osteuropa erreicht.

Tatsächlich haben sich in Lateinamerika bei wichtigen sozialen Indikatoren während der zurückliegenden Dekaden substantielle Verbesserungen ergeben (vgl. **Tabelle 1**). Die Lebenserwartung bei der Geburt, die im lateinamerikanischen Durchschnitt während der ersten Nachkriegsdekade lediglich 55 Jahre betragen hatte, ist auf fast 70 Jahre angestiegen. Außerhalb Lateinamerikas haben Frauen nur in den westlichen Industrieländern eine noch längere Lebenserwartung als 73 Jahre. Vor allem der drastische Rückgang der Säuglingssterblichkeitsziffern in den meisten lateinamerikanischen Staaten hat zur Erhöhung der Lebenserwartung beigetragen. Waren Anfang der siebziger Jahre im lateinamerikanischen Durchschnitt noch ca. 84 Säuglinge je 1.000 Neugeborener vor Vollendung des ersten Lebensjahres gestorben, so ist diese Zahl inzwischen auf 31 gesunken; damit ist die Säuglingssterblichkeit in Lateinamerika zwar noch weit von den Verhältnissen in den westlichen Industrieländern entfernt (6 Todesfälle je 1.000 Neugeborener vor Vollendung des ersten Lebensjahres), aber um ein Vielfaches besser als beispielsweise in Südasien (77) oder in Afrika südlich der Sahara (91). Am Beispiel der Säuglingssterblichkeitsziffer zeigt sich aber auch die Problematik der regionalen Durchschnittswertbildung; denn hinter der vergleichsweise niedrigen Säuglingssterblichkeitsrate für ganz Lateinamerika verbirgt sich auch ein Land wie Haiti, wo immer noch mehr als 70 Säuglinge je 1.000 Neugeborener das erste Jahr nicht überleben. Ein

**Tabelle 1: Indikatoren der materiellen Grundbedürfnisbefriedigung in Lateinamerika 1970-98**

Indikator	Jahr			
	1970	1980	1990	1998
Lebenserwartung bei der Geburt <sup>a</sup> (in Jahren)	60,6	64,7	68,0	69,7
Männer	58,4	61,9	64,9	66,6
Frauen	62,9	67,6	71,2	73,0
Säuglingssterblichkeitsziffer <sup>b</sup>	83,9	60,5	40,9	30,8
Kindersterbeziffer <sup>c</sup> (1-5 Jahre)	39,6	17,8	8,5	6,9
Alphabetisierungsquote <sup>d</sup> (in %)	73,8	79,9	84,8	87,8
Männer	77,5	82,5	86,3	88,8
Frauen	70,2	77,5	83,3	86,8
Jugendliche (15-24 Jahre)	83,9	89,2	92,0	93,7
Trinkwasserversorgung der Bevölkerung <sup>e</sup> (in %)	54	58	79	75 <sup>i</sup>
Einschulungsquote Grundschule <sup>f</sup> (in %)	77,2	85,5	88,0	92,3 <sup>i</sup>
Einwohner je Arzt	2020	1804	1043	1000 <sup>i</sup>
Säuglingsimpfquote <sup>g</sup> (in %)	..	37,2	70,9	85,1
Bruttonutzenprodukt pro Kopf <sup>h</sup> (in US\$)	590	2110	2250	3860

<sup>a</sup> Anzahl der Jahre, die ein Neugeborenes leben würde, wenn es während seines ganzen Lebens den gleichen altersspezifischen Sterblichkeitsrisiken ausgesetzt wäre, wie sie zum Zeitpunkt seiner Geburt im Querschnitt der Bevölkerung vorherrschen.

<sup>b</sup> Anzahl der Säuglinge, die je 1.000 Lebendgeburten pro Jahr vor Vollendung des ersten Lebensjahres sterben.

<sup>c</sup> Anzahl der Kinder, die je 1.000 Lebendgeburten im Alter von 1 bis unter 5 Jahren sterben

<sup>d</sup> Prozentualer Anteil der Bevölkerung im Alter von (in der Regel) 15 Jahren und darüber mit Lese- und Schreibkenntnissen an der Gesamtbevölkerung dieser Altersklasse.

<sup>e</sup> Prozentualer Anteil der Bevölkerung mit angemessenem Zugang zu unbedenklichem Trinkwasser.

<sup>f</sup> Nettoeinschulungsquote: Gesamtzahl der Schüler im schulpflichtigen Alter in Prozent der Bevölkerung im Grundschulalter (in der Regel 6-11 Jahre).

<sup>g</sup> Anteil der Säuglinge im Alter bis zu einem Jahr, die von Dreifach-Impfprogrammen (Diphtherie, Tetanus, Pertussis) erfasst werden.

<sup>h</sup> Schätzwerte nach dem Atlas-Verfahren der Weltbank.

<sup>i</sup> 1995.

.. Nicht verfügbar.

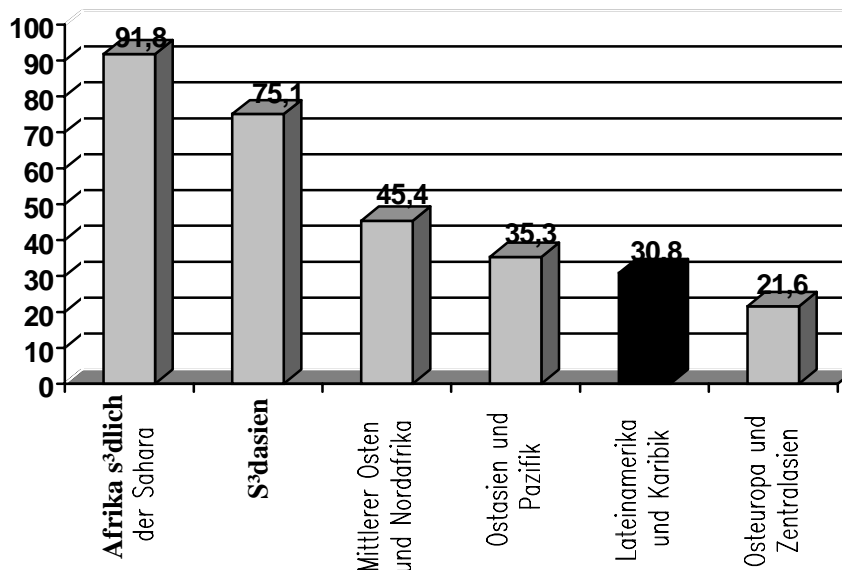
Quelle: Datenbank IBEROSTAT<sup>®</sup>.

ähnliches Bild zeigt sich bei der Kindersterblichkeit. Die Zahl der Todesfälle je 1.000 Lebendgeburten bei Kindern im Alter von 1 bis unter 5 Jahren ist im lateinamerikanischen Durchschnitt von 40 im Jahre 1970 auf 7 Ende der neunziger Jahre gesunken, da beispielsweise die personelle Reichweite von Impfprogrammen mehr als verdoppelt werden konnte. In einem Land wie Bolivien sterben jedoch je 1.000 Neugeborener noch immer 30 Kinder im Alter von 1 bis unter 5 Jahren und damit mehr als viermal so viele wie im lateinamerikanischen Durchschnitt.

Auch im Erziehungsbereich sind während der zurückliegenden Dekaden in den Ländern des lateinamerikanischen Subkontinents Fortschritte erzielt worden. Die Alphabetisierungsquote der erwachsenen Bevölkerung Lateinamerikas, die in

den sechziger Jahren erst 72% betragen hatte, konnte auf 88% erhöht werden, und zudem ist auch der Abstand zwischen den Alphabetisierungsquoten von Männern und Frauen weitgehend abgebaut. Zwar hat Lateinamerika heute eine höhere Alphabetisierungsquote seiner erwachsenen Bevölkerung als die meisten anderen Entwicklungsländer-Regionen, aber der bloße Nachweis von Lese- und Schreibkenntnissen sagt relativ wenig aus über sonstige Fähigkeiten und Fertigkeiten, die in den formalen Bildungssystemen vermittelt werden. Geht man davon aus, dass die Gesamtergebnisse des Bildungsprozesses auch von der Dauer des Schulbesuches abhängen, dann sehen die Fortschritte weniger positiv aus, die in Lateinamerika im Bereich der schulischen Bildung erzielt wurden. Lateiname

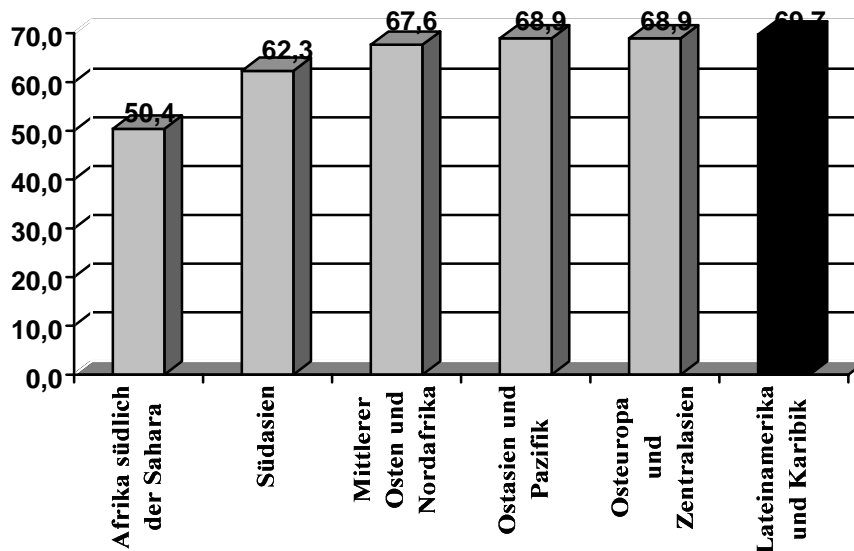
**LATEINAMERIKA IM INTERNATIONALEN VERGLEICH:  
Säuglingssterblichkeitsziffern\*) 1998 (je 1.000 Lebendgeburten)**



\*)Anzahl der Säuglinge, die je 1.000 Lebendgeburten vor Vollendung des ersten Lebensjahres sterben.

Quelle: World Bank, World Development Indicators 2000 on CD-ROM, Washington, D.C.

**LATEINAMERIKA IM INTERNATIONALEN VERGLEICH:  
Lebenserwartung bei der Geburt 1998 (in Jahren)**



Quelle: World Bank, World Development Indicators 2000 on CD-ROM, Washington, D.C..

rikanerinnen und Lateinamerikaner im Alter von über 25 Jahren hatten in den sechziger Jahren die Schule im Durchschnitt lediglich 3,2 Jahre besucht; heute liegt dieser Durchschnittswert bei 5 Jahren. In den südostasiatischen Ländern ist hingegen im Verlaufe von drei Dekaden die durchschnittliche Dauer des Schulbesuchs von 4,3

Jahren auf 7,2 Jahre erhöht worden. Zwar hat auch in Lateinamerika jede neugeborene Generation tendenziell eine längere schulische Ausbildung erhalten als die vorangegangene – und zwar Mädchen und Jungen (fast) gleichermaßen –, aber die Verbesserungen gingen im Vergleich zu anderen Regionen relativ langsam vonstatten.

Immerhin konnten Ende der neunziger Jahre 94% der lateinamerikanischen Jugendlichen ( im Alter von 15 bis 24 Jahren) als alphabetisiert klassifiziert werden, gegenüber nur 84% Anfang der siebziger Jahre.

Lateinamerikas Defizite im (Aus-)Bildungsbereich spiegeln sich allerdings weder in der Alphabetisierungsquote der erwachsenen Bevölkerung hinreichend wider noch in den Einschulungsquoten der Primarschulen, die in den meisten lateinamerikanischen Ländern sogar über dem weltweiten Durchschnitt liegen. Die Problematik lateinamerikanischer Bildungssysteme kommt in hohen Abbrecherquoten der Primarschüler zum Ausdruck sowie in vergleichsweise niedrigen Einschulungsquoten in sekundären und tertiären Bildungsgängen. Lediglich in Guyana und Uruguay entsprechen die Einschulungsquoten Jugendlicher in sekundären Bildungseinrichtungen annähernd internationalen Standards, während sie beispielsweise in Brasilien, El Salvador, Guatemala und Venezuela weit darunter liegen. Ohne Verbesserungen in den Bereichen der weiterführenden Bildung, ohne massive Investitionen in qualifiziertes Humankapital läuft Lateinamerika Gefahr, wesentliche Voraussetzungen für die Beherrschung zukunftsfähiger, wissensbasierter Produktionsprozesse nicht erfüllen zu können. Mitte der neunziger Jahre waren in Lateinamerika nur knapp 30% der Studierenden des tertiären Bildungsbereichs in natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen eingeschrieben, in Ostasien und der Pazifikregion hingegen über 40%. Von den rund 326.000 Patenten, die im Dreijahreszeitraum 1995-97 in lateinamerikanischen Ländern insgesamt erteilt wurden, waren die Patentinhaber nur zu 2,7% (Wohnsitz-)Inländer.

## **1. Lateinamerikanische Entwicklungsperspektiven**

Unübersehbar haben in Lateinamerika während der zurückliegenden Dekaden bemerkenswerte Fortschritte in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung stattgefunden. Gemessen an den Zielen, die sich die internationale Entwicklungsgemeinschaft für die kommenden Dekaden gesetzt hat, sind aber noch erhebliche Anstrengungen für weitere Verbesserungen notwendig, und es ist keineswegs sicher, ob diese Ziele in allen lateinamerikanischen Ländern in dem vorgegebenen Zeitrahmen erreicht werden können.

Sofern die lateinamerikanischen Regierungen die internationalen Entwicklungsziele für sich als

verpflichtend erachten, müssten sie in ihren Ländern

- den Anteil der Menschen, die in extremer Armut leben (d.h. mit weniger als US\$ 1 pro Tag) zwischen 1990 und 2015 um mindestens die Hälfte reduzieren;
- bis zum Jahre 2015 Grundschulausbildung für alle Kinder gewährleisten;
- bis zum Jahre 2005 die Benachteiligung von Frauen in der Primär- und Sekundärausbildung vollständig beseitigen;
- Säuglings- und Kindersterbeziffern zwischen 1990 und 2015 um zwei Drittel senken;
- die Müttersterblichkeit zwischen 1990 und 2015 um drei Viertel reduzieren;
- nicht später als bis zum Jahre 2015 reproduktive Gesundheitsdienste allen zugänglich machen;
- bis zum Jahre 2005 nationale Strategien für eine nachhaltige Entwicklung so umsetzen, dass sich bis zum Jahre 2015 der gegenwärtige Trend der Umweltschädigungen nicht fortsetzt.

Am nächsten sind die meisten lateinamerikanischen Länder schon dem Ziel eines vollständigen Abbaus von geschlechtsspezifischen Unterschieden bei den Einschulungsquoten im Primarschulbereich gekommen; 1998 erreichten die Einschulungsquoten von Mädchen im lateinamerikanischen Durchschnitt bereits 98% der Einschulungsquoten von Jungen. Auch von dem Ziel hundertprozentiger Einschulungsquoten für Kinder im Grundschulalter sind die lateinamerikanischen Staaten mit einer durchschnittlichen Quote von 93% nicht mehr allzu weit entfernt.

Schwieriger dürfte in vielen lateinamerikanischen Staaten die Erreichung der anderen internationalen Entwicklungsziele zu verwirklichen sein. Um die Reduzierung der Säuglingssterblichkeitsziffer bis zum Jahre 2015 um Zweidrittel des Standes von 1990 zu realisieren, müsste die Zahl der Todesfälle je 1.000 Lebendgeburten vor Vollendung des ersten Lebensjahres von seinerzeit 41 auf 14 sinken; 1998 lag die Säuglingssterblichkeitsziffer im lateinamerikanischen Durchschnitt aber noch immer bei 31. Das Ziel, die Müttersterblichkeit zwischen 1990 und 2015 um Dreiviertel zu reduzieren, kann voraussichtlich am ehesten in Uruguay realisiert werden, wo in den neunziger Jahren mit 85 Todesfällen von Gebärenden je 100.000 Lebendgeburten die niedrigste Müttersterblichkeitsziffer der gesamten Region registriert wurde; in Bolivien starben



hingegen in diesem Zeitraum 370 Mütter je 100.000 Lebendgeburten.

Bei der anvisierten Halbierung der Zahl der absolut Armen in Lateinamerika bis zum Jahre 2015 müsste der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung, der 1998 im lateinamerikanischen Durchschnitt noch bei rund 16% lag, auf ca. 8% sinken – eine Zielgröße, die um so schwieriger zu erreichen ist, je stärker die Armutsinzidenz mit konjunkturellen Schwankungen korreliert. So ist beispielsweise im Zuge der Wirtschaftskrise in Ekuador die Zahl der Haushalte, deren Einkommen nicht ausreichte, um den Grundwarenkorb zu finanzieren, im Februar 2000 auf fast 55% angestiegen (gegenüber 23% im Oktober 1998). Steigende Arbeitslosigkeit und Kaufkraftverlust haben den Anteil der absolut Armen an der Gesamtbevölkerung Ekuadors von 17% im Jahre 1998 auf 34% im Jahre 1999 verdoppelt.

Lateinamerika ist seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre den wirtschafts- und finanzpolitischen Reformvorstellungen der internationalen Finanzierungsinstitutionen mehrheitlich gelehrt gefolgt. Dem Strukturanpassungskonzept des „Washingtoner Konsensus“ von Weltbank, Internationalem Währungsfonds (IWF) und *Inter-American Development Bank* (IDB) entsprechend konnten in den meisten lateinamerikanischen Volkswirtschaften beachtliche gesamtwirtschaftliche Stabilisierungserfolge erzielt werden, sind die außenwirtschaftlichen Beziehungen liberalisiert, Märkte dereguliert und staatliche Unternehmen privatisiert worden. Die Region sieht sich aber mit dem Dilemma konfrontiert, dass wirtschaftliches Wachstum die gravierenden Armutsprobleme nicht löst, und dass sich soziale Ungleichgewichte in Zeiten dynamischer Wirtschaftsentwicklung sogar noch verstärken können. Diesem Dilemma und den daraus resultierenden politischen Herausforderungen müssen sich auch die großen internationalen Entwicklungsbanken stellen, deren Aufgabe die Förderung wirtschaftlichen *und* sozialen Fortschritts ist, um den Menschen in Entwicklungsländern ein besseres und erfüllteres Leben zu ermöglichen. Weltbank und IDB haben in den neunziger Jahren erhebliche Finanzmittel für Lateinamerika zur Verfügung gestellt. Allein im Geschäftsjahr 1999 hat die Weltbank für Entwicklungsprojekte und –programme in Lateinamerika Kredite in Höhe von US\$ 7,8 Mrd. bewilligt. Der wichtigste multilaterale Akteur der Finanziellen Zusammenarbeit mit Lateinamerika ist seit Mitte der neunziger Jahre die IDB geworden, mit jährli-

chen Kreditzusagen von bis zu US\$ 10 Mrd. Weltbank und IDB haben nach dem Ausbruch der Verschuldungskrise in Lateinamerika den „Washingtoner Konsensus“ der neoliberalen Strukturanpassungsprogramme mitgetragen; beide Institutionen suchen jetzt nach einem neuen entwicklungsstrategischen Paradigma, das Entwicklung nicht lediglich mit gesamtwirtschaftlichem Gleichgewicht und dem Anstieg der Pro-Kopf-Einkommen gleichsetzt.

Wirtschaftliches Wachstum ist hilfreich, um entwicklungspolitische Ziele zu erreichen, für deren Realisierung zusätzliche Ressourcen benötigt werden. In Volkswirtschaften mit höheren Pro-Kopf-Einkommen zeigen sich bei sozialen Indikatoren tendenziell auch bessere Werte, aber es besteht keineswegs eine eindeutige Korrelation zwischen dem durchschnittlichen Einkommensniveau und sozialen Indikatoren. Obwohl beispielsweise das Pro-Kopf-BSP in Brasilien in den zurückliegenden Jahren deutlich über dem lateinamerikanischen Durchschnitt lag, sind die Werte wichtiger sozialer Indikatoren für Brasilien schlechter als bei anderen lateinamerikanischen Ländern mit vergleichbarem Pro-Kopf-Einkommen; in Costa Rica ist es hingegen aufgrund aktiver Sozialpolitiken zugunsten armer Zielgruppen gelungen, soziale Indikatoren gegenüber dem Durchschnitt der lateinamerikanischen Ländergruppe mit vergleichbarem Einkommensniveau deutlich zu verbessern.

Der Frage, warum die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den lateinamerikanischen Staaten nicht synchron verlaufen, ist die *Inter-American Development Bank* in ihrem Jahresbericht 2000 über wirtschaftliche und soziale Fortschritte in Lateinamerika nachgegangen. Der unterschiedliche Verlauf von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung innerhalb Lateinamerikas und im Vergleich mit den westlichen Industrieländern wird zu einem großen Teil auf die Wirkung struktureller Faktoren zurückgeführt. Neben geographischen und demographischen Einflussfaktoren wird vor allem der Schwäche und mangelnden Transparenz öffentlicher Institutionen in Lateinamerika eine negative Wirkung auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zugerechnet; demzufolge lassen sich etwa 60% der Differenz des lateinamerikanischen Pro-Kopf-Einkommens gegenüber dem durchschnittlichen Einkommensniveau in den Industrieländern darauf zurückführen, dass in Lateinamerika die öffentlichen Institutionen korrupter sind als in den „reicheren“ Ländern, dass sie weniger effektiv sind und weniger regelkonform handeln.

Lateinamerikanische Länder mit vergleichsweise höherer Qualität der öffentlichen Institutionen und des Regierungshandelns – gemessen mit Indikatoren wie Gesetzeskonformität, Korruptionskontrolle, Effektivität der Verwaltung – haben auch höhere Pro-Kopf-Einkommen und zeigen bessere Ergebnisse in der Gesundheits- und Bildungspolitik.

Entwicklungsökonomischen Puristen mögen solche Analysen als retrovisionäre Volten erscheinen, mit denen sich wieder an längst *ad acta* gelegte strukturalistische Ansätze cepalinischer Prägung anknüpfen lässt. Es ist aber nicht zu übersehen, dass der Versuch, gesamtgesellschaftliche Entwicklungsprozesse in Lateinamerika ausschließlich unter ökonomischen Effizienz- und Renditegesichtspunkten steuern zu wollen – unter Vernachlässigung sozialer Wertmaßstäbe und menschlicher Dimensionen von Entwicklung –, in eine entwicklungspolitische Sackgasse zu führen droht. Joseph Stiglitz, ehemaliger Vizepräsident und Chef-Ökonom der Weltbank, hat zu Recht darauf hingewiesen, dass eine Wirtschaftspolitik, die der sozialen Dimension von Entwicklung keine Aufmerksamkeit widmet, die Situation verschlimmern kann. Und in der Tat: in Lateinamerika gibt es unübersehbare Anzeichen für die Unterminierung der sozialen Entwicklung durch wirtschaftlich „erfolgreiche“ Anpassungs- und Modernisierungsprozesse; Anzeichen hierfür sind die zunehmende Gewalt, Kriminalität und Korruption sowie eine Erosion des „Sozialkapitals“ an Vertrauen, „erantwortungsbewusstsein und Gemeinsinn. Die Weltbank versucht mit ihrem neuen entwicklungsstrategischen Ansatz, dem *Comprehensive Development Framework* (CDF), der Einsicht Rechnung zu tragen, dass soziale Belange gleichzeitig und gleichberechtigt neben makroökonomischen und finanziellen Notwendigkeiten Berücksichtigung finden müssen und dass Transparenz und Partizipation wichtige Voraussetzungen für einen tragfähigen, nachhaltigen Entwicklungsprozess sind. Dies bedeutet aber auch, dass es keine Entwicklungsstrategie geben kann, die als „Blaupause“ für alle Länder und Gesellschaften gleichermaßen Gültigkeit beansprucht. Und dies bedeutet zugleich das Infragestellen des wirkungsmächtigen Definitionsmonopols der internationalen Entwicklungs-„experten“, das ohne die Zustimmung der Betroffenen auskommt. Nicht externe Geldgeber oder Entwicklungsexperten können die Ziele, den Ablauf und den Zeitplan von Entwicklungsprozessen festlegen, sondern dies ist ureigenste Aufgabe der Regierung und Zivilgesell-

schaft eines jeden Landes, die nur auf der Basis einer langfristigen, gemeinsamen Vision zur Lösung der Entwicklungsprobleme – insbesondere des Armutsproblems – bewältigt werden kann. Für den Prozess einer nationalen Konsensbildung über Entwicklungsziele und –strategien ist es unerlässlich, dass auch ethnische Minderheiten und ökonomisch marginalisierte Gesellschaftsgruppen aktiv daran beteiligt sind. In Bolivien und in der Dominikanischen Republik wird dieser neue Ansatz seit 1999 durch landesweite Konsultationen bereits erprobt. Im Rahmen des bolivianischen CDF-Pilotprojekts hat sich im April 2000 in La Paz eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Akteure auf Einladung der Regierung an dem nationalen Forum „*Construyendo un Desarrollo Humano para Todos*“ beteiligt. Solche Foren können allerdings nur den Anfang einer partizipativen Debatte über den eigenen Entwicklungsweg markieren. Gerade in den ärmeren lateinamerikanischen Ländern sind zivilgesellschaftliche Akteure institutionell schwach, und sie konnten Dialogfähigkeit bislang nur selten einüben; für den Aufbau entsprechender Kapazitäten bedürfen sie daher finanzieller Förderung und Unterstützung, damit sie ihre Beiträge in nationale Strategien tragfähiger Entwicklung dauerhaft einbringen können. Zivilgesellschaftliche Partizipation und plebiszitäre Entscheidungsfindung sind aber kein Ersatz für funktionsfähige repräsentative Demokratien mit ihren filternden Instanzen. Zudem ist das romantisierende Ideal einer Versammlung mündiger Bürgerinnen und Bürger, die jenseits staatlicher Instanzen entscheiden, welche Entwicklung sie wollen, noch sehr weit von der lateinamerikanischen Wirklichkeit entfernt.

## **5. Braucht Lateinamerika noch Entwicklungshilfe?**

Die Erwartungen lateinamerikanischer Gesellschaften auf eine bessere Zukunft, auf steigenden materiellen Wohlstand in einer dauerhaft lebenswerten Umwelt lassen sich weder mit einer radikalen neoliberalen Wirtschaftspolitik erfüllen noch mit einem rückwärts gewandten, neonationalistischen Populismus; eine demokratisch legitimierte und zivilgesellschaftlich getragene Reformstrategie verspricht am ehesten, die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen bewältigen zu können, mit denen sich Lateinamerika konfrontiert sieht. Die Frage stellt sich, ob und wie Durchsetzbarkeit und Glaubwürdigkeit einer solchen Reformstrategie durch externe

Hilfe und Unterstützung verbessert werden können.

Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit den westlichen Industrieländern sind Lateinamerika von 1990 bis 1998 Leistungen (*Official Development Assistance* – ODA) in Höhe von fast US\$ 52 Mrd. zugeflossen. Die Frage, ob dieser Ressourcentransfer Einfluss auf die Entwicklung der lateinamerikanischen Empfängerländer hatte, kann unter rein quantitativen Gesichtspunkten wohl nur verneint werden; denn für die meisten lateinamerikanischen Empfängerländer von Entwicklungshilfeleistungen sind diese – gemessen an ihrer jeweiligen Wirtschaftskraft – lediglich von marginaler Bedeutung. Während der neunziger Jahre sind die gesamten Entwicklungshilfeleistungen für Lateinamerika von 0,5% des regionalen BSP auf 0,2% gesunken bzw. von US\$ 10,50 pro Kopf der lateinamerikanischen Bevölkerung auf US\$ 8,90. Zumindest auf der Makroebene wird man bei einem Zufluss von Entwicklungshilfeleistungen in Höhe von weniger als 1 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung kaum von einer nennenswerten Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit für die wirtschaftliche Entwicklung sprechen können. Allerdings sind für einige lateinamerikanische Staaten die Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit nach wie vor von Bedeutung. So entsprachen z.B. in Guyana die empfangenen ODA-Leistungen in den neunziger Jahren knapp 33% des BSP, in Haiti fast 13%; in Bolivien erreichten die Mittelzuflüsse ca. 10% des BSP oder knapp die Hälfte der Gesamtausgaben der bolivianischen Zentralregierung. Sehr viel bedeutsamer als der Ressourcenzufluß in Form von Entwicklungshilfeleistungen waren aber für die meisten lateinamerikanischen Länder in den zurückliegenden Jahren die privaten Kapitalzuflüsse; so betrug beispielsweise 1996 der Zufluss von ausländischen Direktinvestitionen und von Portfolioinvestitionen mehr als das Sechsfache der Ressourcenzuflüsse in Form von öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen an Lateinamerika.

Nun lassen sich freilich die Bedeutung und der Einfluss von Entwicklungshilfe nicht ausschließlich an den quantitativen monetären Beiträgen messen, die einem Land oder einer Region während eines Jahres zufließen. Von der Zielsetzung her bedeutet Entwicklungszusammenarbeit, dem Empfängerland zusätzliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen, d.h. Ressourcen, die über diejenigen hinausgehen, die es selbst beschaffen kann, sei es im eigenen Lande, sei es durch

kommerzielle außenwirtschaftliche Transaktionen. Und im Regelfalle sollten über die Entwicklungszusammenarbeit längerfristige Maßnahmen unterstützt werden, als Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung. Dabei wird erfolgreiche, nachhaltige Entwicklung auf der Makroebene heute überwiegend verstanden als eine Entwicklung, welche die (Grund-)Bedürfnisse der gegenwärtigen Generation befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht mehr befriedigen können. Angesprochen sind hierbei also soziale Gerechtigkeit innerhalb einer Generation und zwischen den Generationen sowie die Respektierung der ökologischen Grenzen von Entwicklungsprozessen. Auf der Mikroebene wird erfolgreiche, nachhaltige Entwicklung hingegen meist als Ergebnis von Innovationsprozessen interpretiert, durch welche sich die materiellen und ideellen Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung dauerhaft verbessern.

Mit gutem Grund sollte Entwicklungszusammenarbeit stets davon ausgehen, dass die Empfängerländer der Mittel für ihre eigene Entwicklung verantwortlich sind. Die Anstrengungen der lateinamerikanischen Empfängerländer, die notwendig sind, um die Vorbedingungen für erfolgreiche Entwicklung zu schaffen, können und sollen nicht von den Geberländern ersetzt werden. Entwicklungszusammenarbeit kann und soll nur subsidiär und komplementär zu den Eigenanstrengungen der Empfängerländer sein. Und: Entwicklungszusammenarbeit kann nur so effektiv sein, wie es die politischen, wirtschaftlichen und administrativen Rahmenbedingungen gestatten, unter denen die Zusammenarbeit im Empfängerland erfolgt. Aber auch wenn die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit durch ungünstige Rahmenbedingungen beeinträchtigt wird, dann sollte dies nicht grundsätzlich von Entwicklungszusammenarbeit abhalten. Entwicklungszusammenarbeit kann durchaus dazu beitragen, ungünstige Rahmenbedingungen zu verändern; erfolgversprechende Ansatzpunkte hierfür gibt es in der Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika: Unterstützung im Kampf gegen Verletzungen von Menschenrechten, bei der Ächtung von Kinderarbeit, bei Justiz- und Verfassungsreformen, im Umweltschutz.

Hinter der Frage nach der Bedeutung von Entwicklungshilfe steht implizit die Annahme, dass gesellschaftliche Entwicklung irgend etwas mit Entwicklungszusammenarbeit zu tun habe; diese Annahme ist bislang weder theoretisch noch empirisch hinreichend zu begründen. Vielmehr muss Entwicklung als umfassender histori-

scher Prozess verstanden werden, der sich durch Entwicklungszusammenarbeit – wenn überhaupt – allenfalls marginal beeinflussen lässt. Sofern Entwicklungszusammenarbeit einen merklichen und dauerhaften Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand der Bevölkerung des Empfängerlandes leisten soll, dann kann sie sich nicht auf die Auswahl, Planung und Durchführung einzelner, isolierter Projekte beschränken; sie muss vielmehr stärker in die Unterstützung und Ergänzung nationaler Politiken eingebunden werden, z.B. in die Gesundheits- und Bildungspolitik des Empfängerlandes. Nach den Erfahrungen und Lehren aus der Vergangenheit steht eine Entwicklungskooperation, die primär in Projekten denkt und handelt, grundsätzlich zur Disposition. Erforderlich ist eine neue Generation der Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika, die in Systemzusammenhängen denkt und handelt.

Durch Entwicklungszusammenarbeit sollen als inakzeptabel bewertete Zustände verändert werden, sollen *Change*-Prozesse in Gang gesetzt werden. In diesem Sinne ist Entwicklungszusammenarbeit nur dann nachhaltig, wenn sie Verhaltensänderungen der Zielgruppen initiiert und befördert, durch die diese Gruppen in die Lage versetzt werden, ihre Lebensbedingungen selbständig und dauerhaft zu verändern; hierzu zählt insbesondere die Fähigkeit, auf veränderte Rahmen- und Umweltbedingungen flexibel zu reagieren. Entwicklungszusammenarbeit mit dem Anspruch, einen Beitrag zur globalen Zukunftssicherung zu leisten, muss vor allem darauf abzielen, die Steuerungs- und Problemlösungskompetenz ihrer Zielgruppen so zu vergrößern, dass innovative Verhaltensänderungen möglich werden. Entwicklungszusammenarbeit kann sich nicht darauf beschränken, in Form von Projekten und Programmen „Modernisierungspakete“ anzubieten, die zwar Innovationen transferieren, aber nicht zu Entwicklung im Sinne nachhaltiger Innovationsprozesse führen, sondern lediglich zu einer Innovationsfixierung. Eine zukunftsorientierte Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika sollte stärker als bisher darauf gerichtet sein, innovative Handlungsmöglichkeiten zu verbessern und innovationsfeindliche gesellschaftliche Rahmenbedingungen (wie z.B. zentralistische Herrschaftsmonopole, Rechtsunsicherheit, korrupte Staatsbürokratien) zu überwinden. Die Notwendigkeit, Modernisierungshemmnisse zu überwinden, ist eine der entwicklungspolitischen Konsequenzen aus dem Globalisierungsprozess, dessen Herausforderungen

sich auch die Gesellschaften in Lateinamerika stellen müssen. Gewinner der Globalisierung werden nur jene Länder in Lateinamerika sein, die daran teilnehmen können.

Die Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika darf jedoch nicht mit Ansprüchen überfrachtet werden. Es wäre illusorisch zu erwarten, dass im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit der Regenwald bewahrt, alle Abfallprobleme der lateinamerikanischen Megapolen gelöst, die Umweltzerstörung beendet, das Bevölkerungswachstum eingedämmt, die Gleichstellung der Frauen erreicht und die Armut überwunden werden können. Entwicklungszusammenarbeit kann all diese Aufgaben nicht gleichzeitig leisten. Freilich wäre auch eine ausschließliche Armutsorientierung der Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika verfehlt, denn dies könnte die überzogene Erwartung wecken, durch Entwicklungshilfe eine wirkungsvolle Armutsbekämpfung für 200 Millionen Menschen zu leisten; diese Erwartung kann angesichts der begrenzten Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit niemals erfüllt werden.

Fehlende endogene Entwicklungsbemühungen in Lateinamerika lassen sich durch Entwicklungshilfe nicht ersetzen. Wenn eigene Entwicklungsanstrengungen nicht vorhanden sind, ist die Grundlage für Entwicklungszusammenarbeit nicht gegeben; daran ändern weder zinsgünstige Kredite der internationalen Finanzierungsinstitutionen etwas, noch eine fachlich fundierte Politikberatung durch externe Entwicklungsexperten. Entwicklungspolitik, die sich an dem Leitbild nachhaltiger, zukunftsfähiger Entwicklung orientiert, ist als Querschnittsaufgabe zu verstehen, und es müssen die Voraussetzungen für Politikkohärenz geschaffen werden, damit nicht einzelne Regierungsressorts Politiken betreiben, die diesem Leitbild direkt oder indirekt widersprechen. Gefordert ist ein ganzheitlicher Entwicklungsansatz, der die Bedeutung grundlegender makroökonomischer Zusammenhänge anerkennt, aber gleiches Gewicht den institutionellen, strukturellen und sozialen Voraussetzungen stabiler, marktorientierter Gesellschaften zumißt. Allerdings hat Entwicklung nie nur eine binnenstaatliche oder binnengesellschaftliche Dimension, sondern sie ist immer auch international mitkonditioniert. Diese Lektion mussten mehrere lateinamerikanische Volkswirtschaften z.B. in den Jahren 1998/99 erneut lernen, die von den Wirtschafts- und Finanzkrisen in Asien und Rußland „angesteckt“ wurden. Die destabilisierenden Auswirkungen volatiler Kapitalströme, die sich

ungehindert von Grenzen rund um den Globus bewegen lassen, können in kürzester Zeit Entwicklungserfolge vorangegangener Wachstumsphasen wieder zunichte machen. Dagegen sind auch lateinamerikanische Länder mit relativ soliden wirtschaftlichen und sozialen Fundamentaldaten nicht gefeit.

#### **Nützliche Internet-Adressen zum Thema:**

<http://www.iadb.org>

<http://www.worldbank.org/html/extdr/cdf>

**Autorennotiz:** Hartmut Sangmeister, Dipl.-Volkswirt, Dr.rer.pol., Professor für Entwicklungsökonomie an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Forschungsschwerpunkte der letzten Jahre: Probleme der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Lateinamerikas; wirtschaftspolitische Reformprozesse und regionale Integration im südlichen Lateinamerika. E-Mail: hartmut.sangmeister@urz.uni-heidelberg.de.

**Heinrich W. Krumwiede / Detlef Nolte**

## **Die Rolle der Parlamente in den Präsidialdemokratien Lateinamerikas**

**Beiträge zur Lateinamerikaforschung Band 4 des Instituts für Iberoamerika-Kunde**

Hamburg 2000, 196 Seiten, ISBN 3-926446-65-X, DM 18,00

Lateinamerika war Ende der 90er Jahre die am stärksten demokratisierte Entwicklungsregion. Einige Indizien sprechen dafür, dass das bisherige Wechselspiel eines zyklischen Entwicklungsverlaufs zwischen Demokratie und autoritären Regimen außer Kraft gesetzt ist. Vor diesem Hintergrund verdient die Frage Interesse, auf welche Weise die Parlamente zum Erhalt und Ausbau der Demokratie beitragen können. Das Leitthema der Studie, die Rolle der Parlamente in den lateinamerikanischen Präsidialdemokratien, nimmt sich einer Fragestellung an, die in der politikwissenschaftlichen Forschung bisher vernachlässigt wurde. Neben den parlamentarischen Funktionen politischer Repräsentation und Kontrolle der Exekutive gilt vor allem der Funktion des parlamentarischen "Mitregierens" besonderes Interesse.

Die Studie analysiert die Kompetenzaufteilung zwischen Präsident und Parlament nach der geschriebenen und in der "lebenden" Verfassung. Die erheblichen Unterschiede, die in dieser Hinsicht zwischen den Ländern und allgemein zwischen Verfassungsrecht und Verfassungspraxis bestehen, werden herausgearbeitet. Es wird deutlich gemacht, dass man unterschiedliche Machtdimensionen berücksichtigen muss, um die reale Bedeutung der Parlamente korrektereinschätzen zu können, und es wird nachgewiesen, dass die Klischeevorstellung, die lateinamerikanischen Präsidenten seien allmächtig und regierten mit Dekreten an ohnmächtigen Parlamenten vorbei, einer Korrektur bedarf. Die Studie resümiert nicht nur den gegenwärtigen Forschungsstand, sondern es ist darüber hinaus ihr Anliegen, für weiterführende Fragestellungen und bisher unterbelichtete Themen Interesse zu wecken. So enthält sie u.a. Kapitel über semi-präsidentielle Regime, Zweikammerparlamente und die Parlamentsberatung.

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Ilse Heinbokel.

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. Einzelausgaben kosten DM 6,00 (für Studierende DM 4,00). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

#### **INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE**

Alsterglaci 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikhh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rz.uni-hamburg.de/IIK>